

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 477—484 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

25. Juli 1919

Gemeinwirtschaft und chemische Industrie.

Die vom Reichswirtschaftsministerium unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Selbstverwaltung, d. h. der Mitwirkung der die Erzeugung, die Verteilung und den Verbrauch vertretenden Körperschaften angestrebte Überführung der bisherigen freien Wirtschaft zur planmäßig gebundenen Gemeinwirtschaft beginnt auf verschiedenen Gebieten in Erscheinung zu treten. Kürzlich erwähnte bereits Reichswirtschaftsminister Wissell vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, daß zwischen dem Reichswirtschaftsamt und der chemischen, sowie der Papierindustrie erfolgreiche Verhandlungen gepflogen wurden¹⁾. Nun teilte Unterstaatssekretär von Moellendorff in der Schlußsitzung eines vom Verein Deutscher Ingenieure veranstalteten Vortragskurses („Technik und Landwirtschaft“) weiter mit, daß sich auf Veranlassung des Reichswirtschaftsamtes Vertreter der Stickstoffindustrie, des Handels und der Landwirtschaft zusammenfanden und (vorläufig auf ein Jahr) Abmachungen über Preis, Menge usw. der an die deutsche Landwirtschaft zu liefernden Stickstoffdüngemittel getroffen haben. Angesichts der fortwährend gestiegenen Löhne, Gehälter, Rohstoff- und Betriebsmittelpreise, ferner der vielfachen gänzlichen oder teilweisen Betriebslahmlegungen infolge von Streiks, Kohlen und Arbeitermangel sind die Erzeugungskosten bei den Stickstoffdüngerefabriken so stark angewachsen, daß ohne eine wesentliche Erhöhung der Preise nicht mehr weitergearbeitet werden könnte. Den getroffenen Vereinbarungen entsprechend wird der Preis für das kg Stickstoff ab 1./7. derart festgesetzt, daß er etwa das Dreifache des Friedenspreises beträgt. Die Vertreter der Landwirtschaft gaben ihre Zustimmung mit dem Vorbehalt, daß auch eine dieser Neubelastung entsprechende Neuregelung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse vorgenommen wird.

Einen weiteren Schritt bedeutet die Errichtung der Außenhandelsstelle Chemie, die an Stelle der bisherigen „Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen für die chemische Industrie“ errichtet worden ist.

So begrüßenswert derartige Vereinbarungen sicher sind, so bedauerlich ist es andererseits, daß deren Durchführung bis auf weiteres nur auf dem Papier steht, falls es nicht gelingt, Streiks und Arbeitsminderleistungen von diesen für unsere Ernährung so lebenswichtigen Betrieben fernzuhalten. Von der gerade für unsere augenblickliche Lage so einschneidenden Bedeutung dieses Teiles der chemischen Großindustrie kann man sich auf Grund folgenden Vergleichs einen Begriff machen: Mehrere große Stickstoffdüngerefabriken waren durch Streik, Kohlen- und Arbeitermangel (im Zeitalter der Millionenheere von Arbeitslosen!) zur Stilllegung oder Einschränkung ihrer Betriebe genötigt. Das noch unfertige größte Werk Leuna bei Merseburg konnte aus den gleichen Ursachen nicht rechtzeitig zur vollen Leistungsfähigkeit ausgebaut werden. Der hierdurch seit November 1918 eingetretene Ausfall der Erzeugung entspricht der gesamten Menge an Stickstoff, den wir im Jahre 1913 als Chilesalpeter einfuhrten. Und die Menge der, durch das Fehlen dieser Stickstoffdüngung weniger erzeugten Lebensmittel ist etwa ebenso groß, wie die der gesamten, bis zur Einbringung der neuen Ernte voraussichtlich zur Einfuhr gelangenden amerikanischen Lebensmittel. Um diese Menge haben jene Arbeiter in kurzsichtiger Lohnjagd und Arbeitsunlust sich und ihre Mitbürger unwiderruflich gebracht und die so schwer darniederliegende deutsche Volkswirtschaft um die entsprechenden gewaltigen Beträge zugunsten des Auslandes geschädigt. Selbst in der jetzigen Zeit der gewaltigsten Umwälzungen wirkt ein solcher Vorgang noch als krasse Ungeheuerlichkeit: Ein mit den ernstesten Ernährungsschwierigkeiten ringendes Volk muß einerseits die schwersten Opfer bringen, d. h. einen großen Teil seines knappen Goldbestandes und seiner ausländischen Zahlungsmittel an das Ausland abgeben, um die dringend notwendigen Lebensmittel trotz ihres hohen Preises heranzuschaffen — gleichzeitig gestattet sich ein Teil der Arbeiterschaft eben dieses Volkes den Luxus, eine in vielversprechendem Ausbau begriffene heimische, nur inländische Rohstoffe (darunter den billigsten, die Luft!) verbrauchende Industrie (die darum allein schon doppelt wertvoll ist) lahmzulegen, mit deren Hilfe es möglich gewesen wäre, gleich große Mengen von Nahrungsmitteln auf der heimischen Scholle zu erzeugen. Und dies trotzdem es sehr fraglich erscheint, ob für das bevorstehende Wirtschaftsjahr abermals Zahlungsmittel für eine solche Lebensmitteleinfuhr zur Verfügung stehen werden oder auf alle Fälle jene Milliardenbeträge dem

doch ebenfalls so dringend notwendigen Einkauf industrieller Rohstoffe im Ausland verloren gehen. Ob es endlich mit Hilfe durchgreifender Maßnahmen gelingen wird, die Wiederkehr solcher, einen Hohn auf den Begriff der Gemeinwirtschaft bildenden Vorkommnisse zu verhüten?

Oder soll auch vom Wirtschaftsleben unseres Volkes einst gesagt werden können, was für den Waffengang mit der übermächtigen feindlichen Koalition gilt: Was der äußere Feind in langem, erbittertem Ringen auf den Schlachtfeldern nicht vermochte, nämlich das deutsche Heer zu zertrümmern, das bewirkte ein Teil des deutschen Volkes selbst, indem es die Front zermürbte und schließlich den eigenen Kämpfern die Waffen vollends aus der Hand schlug. Dann freilich, wenn auch unsere Gütererzeugung durch inneren Zwiespalt und durch Arbeitsunlust dauernd gehemmt bliebe, statt aufs höchste gesteigert zu werden, dann erst wären wir endgültig verloren und keine Macht der Welt könnte unser Volk vor Hunger und Elend und Zwang zur Auswanderung schützen.

Bhd.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Costa Rica. Ausfuhrverbot für Zucker. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach die Ausfuhr von Pañola und Zucker dritter Klasse verboten wird. Zucker erster und zweiter Klasse kann in beschränkten Mengen ausgeführt werden, unter Voraussetzung der vorherigen Genehmigung durch den Finanzminister. Die Honigarten und Zucker niedriger Qualität werden für die Alkohol-Industrie verwandt, und die Steuer, welche die Regierung auf Alkohol gelegt hat, bringt ihr bedeutende Einkünfte ein.

Frankreich. Durch Verordnung der französischen Regierung wurden nahezu alle Einfuhrverbote aufgehoben. Die Liste der Erzeugnisse, die weiterhin nicht eingeführt werden dürfen, umfaßt kaum ein Dutzend Namen.

Schweiz. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement hat für eine Reihe von Waren, darunter Baumwolle und sämtliche Erzeugnisse dieser Kategorie, Seide usw. zur Ausfuhr über die französische und italienisch-schweizerische Grenze eine allgemeine Ausfuhrbewilligung erteilt. („N. Z. Z.“)

— Durch Verfügung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements vom 10./6. 1919 wurden die Verfügungen vom 19./3. 1918 und vom 19./8. 1918 (s. S. 138, 461) über den Verkehr mit Farbstoffen, mit Wirkung vom 15./6. 1919 ab, aufgehoben. („Schweizerisches Handelsamtsblatt“ vom 13./6. 1919.)

Estland. Einfuhrzoll auf Zucker. Der nach Estland gelangende Zucker ist einem neu festgesetzten Einfuhrzoll von nicht weniger als 62 M auf den Zentner unterworfen worden.

Wirtschaftsstatistik.

Japans Erzeugung und Ausfuhr von Zement. Die gesamte Zement-erzeugung der 20 japanischen Zementfabriken betrug im Jahre 1917 5 398 918 Faß im Werte von 15 758 401 Doll. gegen 4 772 579 Faß im Werte von 9 957 798 Doll. im Jahre 1916. Ausgeführt wurden im Jahre 1916 für 1 355 514 Doll., 1917 für 1 335 065 Doll. und 1918 für 2 996 065 Doll. Es wird größtenteils Portlandzement im trockenen Verfahren hergestellt. (New York Journal of Commerce vom 20./5. 1919.)

Die Ein- und Ausfuhr von Erdöl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1918 ist sowohl der Menge als auch dem Werte nach die größte bisher verzeichnete gewesen. Ausgeführt wurden 2 714 430 452 Gall. Rohöl, raff. Öl und sonstiges Öl. Der Wert der Ausfuhr beträgt 344 290 444 Doll., d. i. ein Durchschnitt von 12⁷/₁₀ Cents für die Gallone. Im Jahre 1916 hatte der Durchschnittspreis bei einer Ausfuhr von 2 607 432 366 Gallonen 7¹/₁₀ Cents betragen. Für die letzten drei Kalenderjahre stellten sich Ausfuhr und Einfuhr wie folgt:

	Ausfuhr:	
	Gallonen	Dollar
1918 . . .	2 714 430 452	344 290 444
1917 . . .	2 661 118 349	252 977 476
1916 . . .	2 607 482 366	201 721 291

¹⁾ Vgl. S. 402—403.

Einfuhr:

	Gallonen	Dollar
1918 . . .	1 635 597 145	25 669 795
1917 . . .	1 324 157 675	20 604 606
1916 . . .	890 853 850	13 887 263

Von der Einfuhr der letzten drei Jahre waren 95,8% Rohöl, und von diesen 95,8% kamen wiederum 99,3% aus Mexiko. („Financial Times“ vom 12./5.) ar.

Die Kunstseidenherzeugung in Amerika hat während des Krieges ungeheuren Aufschwung genommen. Während dort im Jahre 1914 nur rund 320 000 Pfund Kunstseide hergestellt wurden, hat die Erzeugung im Jahre 1917 bereits 6,5 Mill. Pfund betragen. Man glaubt, daß zur Zeit in Amerika mindestens 8 Mill. Pfund Kunstseide hergestellt werden. (K. V.) Gr.

Canadas Celluloseindustrie. Nach einem Bericht des canadischen statistischen Bureaus beläuft sich das in der canadischen Cellulose- und Papierindustrie investierte Kapital auf 186,37 Mill. Doll. Die Zahl der angestellten Personen beträgt etwa 25 000 und das jährliche Lohnbudget annähernd 20½ Mill. Coll. Vor dem Kriege bestand für canadische Cellulose- und Papierzeugnisse in den Ver. Staaten eine ziemlich heftige Konkurrenz europäischer Länder, besonders Skandinaviens. Heute besitzt Canada beinahe ein Cellulosemonopol am amerikanischen Markte. Von den annähernd 2 Mill. t Zeitungspapier, welche in den Ver. Staaten jährlich verbraucht werden, liefert Canada etwa 550 000 t. Im Jahre 1917 führte Amerika aus Canada etwa 487 394 t Holzmasse ein, gegen 1916 etwa 100 % mehr, während Amerikas Einfuhr aus anderen Ländern in der gleichen Zeit auf 183 021 t gesunken war, was einen Rückgang von etwa 50% bedeutet. Folgende Übersicht zeigt den Aufschwung des canadischen Ausfuhrhandels in Cellulose und Papier für das mit dem 31./3. 18 endende Fiskaljahr (in Mill. Doll.):

	März 1914	März 1918
Papier und Papierwaren	12,69	37,66
Mechanisch bearbeitete Holzmasse	3,44	6,49
Chemisch bearbeitete Holzmasse	2,92	19,13
	19,05	63,28
Unverarbeitete Holzmasse	7,39	8,34
	26,44	71,62

Dieser „Aufschwung“ dürfte wohl fast ausschließlich auf die Preissteigerung zurückzuführen sein. (Commerce Reports, 8./1. 19.) II.

Zuckerherzeugung Bulgariens. Die diesjährige Zuckerproduktion wird kaum die Hälfte der vorjährigen, die 100 000 dz betrug, erreichen. Der Jahresverbrauch an Zucker beträgt etwa 600 000 dz, so daß Bulgarien fast seinen gesamten Bedarf im Ausland wird decken müssen. (Prag. Tagbl. vom 1./6.) on.

Übersichtsberichte.

Die chemische Industrie in der Ukraine, die vor dem Kriege recht bedeutend war, befindet sich gegenwärtig in einer geradezu katastrophalen Lage. Zur Zeit arbeiten in der Ukraine nur drei große Werke und auch diese nur zum Teil: die Sodafabrik von Ljubimoff, Solve & Co., die Glasfabrik der Firma Lievenhof und die der Gesellschaft Kusnezoff in Lissitschansk. Alle Säurefabriken, alle Benzolwerke stehen still. Unter den ungeheuren Hindernissen, die sich heute der Aufrechterhaltung eines jeden Fabrikbetriebes entgegenstellen, seien nur der Kohlenmangel, die Zerrüttung des Verkehrswezens, der Mangel an Schmierölen und Rohstoffen genannt. Die Schwefelsäurefabriken sind von der Zufuhr von Schwefelkies und Chilesalpeter abhängig. Die gesamten Vorräte in der Ukraine beschränken sich auf 400 000 Pud (1 Pud = 16,38 kg) Schwefelkies und etwa 200 000 Pud Salpeter, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist auf eine Zufuhr dieser Artikel gar nicht zu rechnen. — Die Benzolwerke mit Ausnahme der Brjansker Fabrik, die gegen 3000 Pud Benzol liefern kann, können ihren Betrieb wegen Kohlenmangels in absehbarer Zeit nicht wieder aufnehmen. Während des Krieges lieferten alle Benzolwerke zusammen unter den günstigsten Bedingungen 80 000 Pud Rohbenzol, heutzutage könnten sie im besten Falle nur die Hälfte liefern. (Ekonomitscheskaja Shisn vom 7./5.) ar.

Die Bedeutung der Graphitlager Madagaskars. Die bisherige Ausfuhr nach Europa und Amerika betrug 1913 6572 t, 1914 6982 t, 1915 12 188 t, 1916 26 208 t und 1917 27 838 t. Man glaubt, daß der Graphit für Madagaskar dieselbe Bedeutung gewinnen werde, wie der Kaffee für Brasilien. Während seine Verwendung anfangs infolge mangelhafter Aufbereitung Schwierigkeiten begegnete, wird er jetzt zur Herstellung von Schmelzriegeln und vielen anderen Gebrauchsgegenständen verwandt. Er kann jetzt die Konkurrenz anderer Provenienzen aushalten und hat sich einen gesicherten Platz auf dem Weltmarkt erobert. Begünstigt wird seine Gewinnung dadurch, daß die Lager meist nahe der Küste liegen und im Tagebau abgebaut werden können, während der Graphit in Ceylon z. B. mehrere tausend Fuß unter der Erdoberfläche liegt. Die Bedeutung der Graphitlager

Madagaskars ist um so größer, als die alten Ausbeutestätten den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit bereits überschritten haben und den steigenden Weltbedarf nicht decken können. Madagaskar, wo der Graphit in Adern, als Massiv oder Flitter ansteht, ist bereits der größte Lieferant für Flitter geworden. Der Exportateur Français weist darauf hin, daß man diese Bodenschätze nicht in fremde Hände gelangen lassen dürfe. („Exportateur Français“ vom 5./6. 19.) dn.

Nach den von Präsident Hoeger auf der Generalversammlung der British Cotton and Wool Dyers' Association, Ltd., gemachten Mitteilungen, hat sich die Lage der englischen Farbenindustrie in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der wirklich bedeutsamen Farbstoffe wird in England selbst hergestellt. Die englischen Zeitungsartikel und Annoncen sind häufig irreführend, weil sie den Eindruck erwecken, als würden die meisten Farben in England selbst hergestellt, während man in der Tat noch weit davon entfernt ist. Die gehegten Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen; dazu kommen die außerordentlich hohen Preise, die einer Konkurrenz mit dem Auslande im Wege stehen werden. Für die Baumwollfärberei fehlen die Indanthren- und Algorfarbstoffe, auch sind Diazo- und Benzolfarbstoffe knapp. In der Wollfärberei ist Diamantschwarz sehr schwer zu bekommen und außerordentlich teuer. Die Nachfrage nach Alizarin, Patentblau, Cyanin und Alizarinirisol ist sehr groß. Hoeger wies auf die unschätzbaren Verdienste der Schweizer Industrie hin, welche während des Krieges die Versorgung Englands mit Farbstoffen, die es selbst nicht herstellen konnte, übernommen hatte. Er verspricht sich in Zukunft viele Vorteile von dem Zusammengehen der britischen und Schweizer Farbstoffindustrie. ar.

Marktberichte.

Englands Außenhandel im Juni. Im Juni betrug der Wert der Einfuhr 122 945 655 Pfd. Sterl. (Zunahme 21 400 936), der Wert der Ausfuhr 64 562 346 Pfd. Sterl. (Zunahme 19 536 115) und der Wert der Wiederausfuhr 11 964 079 Pfd. Sterl. (Zunahme 9 849 302). Auf der Einfuhrseite weisen eine Zunahme auf: Holz um 2 251 771 Pfd. Sterl., Baumwolle um 2 493 620 Pfd. Sterl., Wolle um 7 359 529 Pfd. Sterl., Material zur Papierfabrikation um 634 315 Pfd. Sterl., Häute um 835 015 Pfd. Sterl., Leder um 2 203 084 Pfd. Sterl. und Papier um 458 274 Pfd. Sterl. Eine Abnahme zeigen: Eisenerz um 442 847 Pfd. Sterl., andere Erze um 775 533 Pfd. Sterl. und Chemikalien um 805 787 Pfd. Sterl. Auf der Ausfuhrseite hat zugenommen: die Ausfuhr von Kohlen um 3 892 532 Pfd. Sterl., von Rohwolle um 449 805 Pfd. Sterl., von Ölsaaten um 1 540 682 Pfd. Sterl., von bearbeiteten Eisen- und Stahlwaren um 1 969 313 Pfd. Sterl., von Maschinen um 962 764 Pfd. Sterl., von Baumwollwaren um 2 739 453 Pfd. Sterl., von Wolle um 4 329 736 Pfd. Sterl. und von Papier um 65 459 Pfd. Sterl. (B. T.) ar.

Englischer Steinkohlenmarkt. Wie aus London gemeldet wird, sprach Sir Auckland Geddes im Unterhause über die Lage der Steinkohlenindustrie. Er führte u. a. aus, daß die Kohlenausfuhr schnell abnehme. Der höhere Preis der Kohle für die englische Industrie drohe den Ausfuhrhandel in Fabrikwaren ernstlich zu benachteiligen. Er legte den Nachdruck auf die Wirkung der verminderten Arbeitsdauer in verschiedenen Industriezweigen. Geddes illustrierte seine Ausführungen mit Zahlen und wies darauf hin, daß die Steinkohle im Jahre 1913 beim Verlassen der Grube für die Tonne 11 sh. kostete gegen 29 sh. 3 d für die Tonne heute. Die Arbeitslöhne für die Tonne sind gestiegen von 6 sh. im Jahre 1913 auf 21 sh. 10½ d heute. Die Steinkohlenkosten in London 49 sh. 6 d gegen 27 im Jahre 1913. Der steigende Preis würde eine Verminderung der Ausfuhr englischer Steinkohle und eine schnelle Preissteigerung vieler Ausfuhrartikel haben, wodurch diese mehr kosten würden, als dieselben Artikel amerikanischen Ursprungs. Wenn die Ausfuhr von Kohlen eingestellt werde, werde der Preis für Kohlen in Großbritannien bald um 16 sh. für die Tonne steigen, das sei der heutige Gewinn, den man aus der Ausfuhr der Kohle erhalte, während die englischen Schiffe gezwungen seien, mit Ballast auszufahren, um Rohstoffe zu holen. Die Lage sei höchst ernst und eine erhöhte Produktion sei eine Lebensfrage für England. Er ersuchte die Arbeiterführer der Grubenarbeiter, all ihren Einfluß aufzuwenden, um auf die Arbeiter in diesem Sinne einzuwirken. (B. B. Ztg.) on.

Die neue Kohlenpreiserhöhung in Oberschlesien. Das Reichswirtschaftsministerium hat den der oberschlesischen Kohlenkonvention angeschlossenen Zechen eine Erhöhung des Preises um 5 M für die Tonne Rohkohle ohne Steuer bewilligt, die am 15./7. in Kraft tritt. Damit sind die oberschlesischen Werke mit denen des Ruhrbezirkes ungefähr gleichgestellt, und sie sind, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, im Interesse einer Förderungssteigerung in der Lage, die Löhne der unterm Tage beschäftigten Bergarbeiter zu erhöhen. ar.

Erhöhung der englischen Kohlenpreise. Im Unterhause teilte Auckland Geddes, der Minister für den Wiederaufbau, mit, daß die Regierung beschlossen habe, den Kohlenpreis vom 16./7. an bis zu 6 sh. je t zu erhöhen, um die Erzeugungskosten decken zu

können, welche infolge der höheren Löhne und kürzeren Arbeitszeit gestiegen sind. ar.

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt. Die im Juni abgeschlossenen Verkäufe von Roheisen erreichen die Gesamthöhe verschiedener vorangegangener Monate. Einige Käufe sind für Lieferung im nächsten Jahre getätigt worden, wobei einige leichte Preisnachlässe gewährt wurden. Die seitens der Eisenbahnverwaltung geübte Zurückhaltung beeinträchtigt die Geschäftslage der Stahlwerke weniger als sie die Bahnen selbst in ihrer Entwicklung hindert. Von japanischer Seite wurden 5000 t Stahlschienen in Auftrag gegeben. Ferner besteht einige Nachfrage aus Frankreich, Belgien und Spanien. (Nach „Iron Age“.) Wth.

Der Auftragsbestand des amerikanischen Stahltrastes belief sich Ende Juni auf 4 893 000 t gegen 4 232 000 t im Vormonat und 9 919 000 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Auftragsbestand am Schlusse eines jeden Monats in den letzten Jahren wird durch folgende Tabelle in 1000 t angegeben.

	1915	1916	1917	1918	1919
31./1.	4249	7 329	11 474	9478	6684
28./2.	4345	8 569	11 577	9288	6684
31./3.	4256	9 331	11 712	9478	5431
30./4.	4162	9 830	12 483	9056	4801
31./5.	4265	9 938	11 886	8338	4282
30./6.	4678	9 640	11 383	8919	4893
31./7.	4928	9 594	10 844	8884	—
31./8.	4908	9 660	10 407	9750	—
30./9.	5318	9 523	9 833	8239	—
31./10.	6165	10 015	9 010	8353	—
30./11.	7189	10 059	8 897	8125	—
31./12.	7806	11 547	9 578	7937	—

(Nach „Iron Age.“) Wth.

Japans Eisenindustrie. Als Ergebnis des infolge des Waffenstillstandes eingetretenen Preissturzes sind auf dem japanischen Markte etwa 150 000 t Roheisen angehäuft, und die Besitzer befinden sich in großen Schwierigkeiten. Mit Rückicht hierauf wird angenommen, daß die staatlichen Stahlwerke in Yawata ein Drittel der angehäuften Vorräte ankaufen werden, um den Ausfall auszugleichen, der dadurch entstanden ist, daß einer oder zwei ihrer Schmelzöfen wegen Instandsetzung gegenwärtig außer Betrieb gesetzt sind. Der Preis, zu dem dieser Abschluß getätigt werden soll, ist noch nicht festgesetzt. Der Marktpreis beträgt 150—160 Yen je t. Das staatliche Stahlwerk in Yawatomura, das, um einer weiteren Krise am Eisenmarkte vorzubeugen, eine Zeitlang den Verkauf seiner Erzeugnisse eingestellt hatte, hat nunmehr den Verkauf wieder aufgenommen und folgende Preise festgesetzt: Stangen 200, Stäbe 230, Platten (dünn) 280, Platten (dick) 375, Winkeleisen 200, Platten, verzinkt 400, anderes Schmiedeeisen 265 Yen. („The Japan Weekly Chronicle“ vom 20./3. und 24./4. 1919.) on.

Erhöhung der Schrottpreise. Von Seiten der Schrottvereinigungen wurden die Verkaufspreise bis zu 50 M je t mit sofortiger Gültigkeit erhöht. Die Beschlußfassung über die Verlängerung der Vereinigungen wurde wieder vertagt. ar.

Preisabbau in Italien. Die Unione Italiana Concimi hat beschlossen, Superphosphat an Stelle des geltenden Höchstpreises von 1,55 Lire für die Einheit phosphorischen Anhydrids (23,25 Lire der Zentner) frei Waggon Genua um 20% billiger, nämlich zu 1,37 Lire (20,55 Lire der Zentner) frei Waggon Genua—Spezia—Livorno, 1,38 Lire (20,70 Lire der Zentner) frei Waggon Ancona, 1,39 Lire (20,85 Lire der Zentner) frei Waggon Ravenna, 1,40 Lire (21 Lire der Zentner) frei Waggon Venedig abzugeben. („Sole“ vom 17./6. 1919.) Ec.*

Japans Kerosenhandel. Mitte des vergangenen Jahres schränkte die Standard Oil Company infolge der Kriegsverhältnisse ihren Verkauf in Kerosen ein, und die Preise in Japan stiegen nach Wegfall des ausländischen Wettbewerbs ganz außerordentlich. Die Geschäftsleute auf dem Lande erzielten während der Zeit des Waffenstillstandes sehr hohe Gewinne, warten aber einen Preisrückgang ab, bevor sie ihre Vorräte wieder auffüllen. Ein beträchtlicher Preisrückgang ist bereits zu verzeichnen. („Japan Weekly Chronicle“ vom 20./3. 1919.) ar.

Die japanische Farbwarenindustrie. Gegenwärtig bestehen über 100 größere Fabriken von Farbwaren mit einem Gesamtkapital von mehr als 15 Mill. Yen; dennoch ist der Markt zum großen Teil vom Auslande abhängig und man befürchtet, daß nach dem Kriege sich diese Abhängigkeit noch verstärken wird. Interessenten wollen daher der Regierung vorschlagen, zum Schutze der einheimischen Industrie einen hohen Einfuhrzoll auf ausländische Erzeugnisse zu erheben. Die Preise für diese sind infolge der unsicheren Zufuhren ziemlich hoch; schwarze Farbe aus Nordamerika notiert 9 Yen das Kin, rote 8 Yen, Schwefelbraun kostet 18—20 Yen das Pfund; andere Farben steigen im Preise. Einheimische Farben gehen schwach; rot notiert 12 Yen und Methylviolett 14 Yen das Pfund, Schwefelschwarz 13 Yen, Schwefelgelb 13—14 Yen, Kongorot 12 Yen, ebenso Benzopurpur. Die japanischen Farben sind meist schwächer als die fremden. („Neuer Orient“ vom 7./8. 1919.) Gr.

Zementpreiserhöhung. Der Reichskommissar für Zement gibt bekannt: Die durch die Bekanntmachung vom 5./5. 1919 bis zum 30./6. festgesetzten Grenzpreise für Zement gelten unverändert weiter bis zum 31./7. 1919. Für die Zeit vom 1./5. bis 14./6. 1919 kann ein Zuschlag von 1001 M, für die Zeit vom 15./6. 1919 ab bis auf weiteres ein Zuschlag von 130 M für 10 000 kg Zement erhoben werden. Nach dem 30./6. 1919 etwa erfolgende weitere Kohlenpreiserhöhungen für 10 000 kg Kohle sind mit 65% in Anrechnung zu bringen. Hierbei sind die vom Reichswirtschaftsministerium für das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat für Steinkohle festgesetzten Höchstpreise (einschl. Kohlensteuer) zugrunde zu legen. on.

Die Glaswarenindustrie Japans, die ihre Erzeugung infolge des zeitweisen Aufhörens der Aufträge aus dem Auslande einstellen oder einschränken mußte, erholt sich jetzt wieder, da Aufträge für die Sommersaison eingehen. Obwohl calcinierte Soda im Preise etwas nachgelassen hat, sind die Kohlenpreise und Löhne hoch, so daß der Preis für Glas vorläufig nicht um mehr als 20% unter die Kriegspreise heruntergehen kann. Wenn die Glasindustrie indes den Auslandsmarkt weiter behalten will, wird sie Wege finden müssen, ihre Preise weiter zu erniedrigen. („The Japan Weekly Chronicle“ vom 20./3. 1919.) on.

Vom Rohseidenmarkt. Auch die erste Juliwoche sah ein weiteres sprunghaftes Hochgehen der Preise, die sich am Ende derselben wie folgt stellten: Japan Grege gelb 13/15—18/20 138—132 Fr., Japan Organsin fil. 20/22—22/24 162—160 Fr., Japan Organsin fil. 26/30 155 Fr., Japan Trame fil. 26/30 146—143 Fr., China Trame fil. 26/30 142 Fr., Kanton Trame 26/32 118—116 Fr., China Grenadine 20/24 170 Fr., China Grenadine 28/32 155 Fr., Kanton Krepp 11/13—13/15 136—132 Fr. nach üblichen Lyoner Bedingungen, 90 Tage frei Lyon. Da die Möglichkeit der Einfuhr von dort nach hier und der Zahlungen von hier nach dort noch ungeklärt ist, so sind Angelote aus der Schweiz und Italien ziemlich interesselos und Lyon beherrscht das Feld allein, ist auch daher in seinen Forderungen durchaus nicht schüchtern. Führend sind die asiatischen, vornehmlich die japanischen Seiden, die der amerikanische Markt stark begehrt, auf die aber auch die hiesige Fabrik hauptsächlich angewiesen ist. Lyon hat kaum etwas anderes anzubieten. Hoffentlich läßt die Erschließung des italienischen Marktes nicht mehr lange auf sich warten, sowohl die Stoff- wie die Samtfabrik können für manche Gewebe der italienischen Seiden, besonders der gezwirnten, schlecht entraten. Der Umsatz in Schappegarnen war mäßig, der Grundpreis von 75 Fr. blieb. Sehr ungünstig für Kauf- und Zahlungsbedingungen war das außergewöhnliche Schwanken unseres Marktkurses, in dem sich die Unsicherheit unserer politischen Lage widerspiegelte. Setzte am Anfang der Woche ein überraschender Hochgang ein, so war am Ende derselben der vorherige Tiefstand wieder erreicht. — In der zweiten Juliwoche sind größere Geschäfte nicht zustande gekommen. Grund dafür dürfte das Stocken im Verkauf von Seidenwaren, dann aber auch der Wettbewerb vom Auslande sein. Die Vorräte brauchbarer Seidengarne in Lyon sind anscheinend erschöpft, weitere Waren sind nur mit Lieferfristen von August an ab Lyon angeboten. Japan-Seiden haben seit Anfang April um 30—35 Fr. an Wert gewonnen, es wird heute gefordert für Grege double extra 13/15—£0/22 d, je nach Titre 140—138 Fr., Trame fil. extra 26/32 d 145—150 Fr., Organsin fil. extra 19/21—20/22 d 160—165 Fr. — Preise, die in wenigen Tagen schon wieder überholt sein dürften. Diese Zahlen werden sich in der fertigen Ware und beim Kleinverkauf widerspiegeln. Mit anderen asiatischen Seiden ist es nicht besser, so sind Kanton Krepps von 100/105 Fr. im April auf etwa 135 Fr. gestiegen. Mit Sehnsucht wird daher die Wiedereröffnung der Schranken für die italienischen Seiden erwartet. — Trotz der großen Hilfe, welche der italienische Staat durch seine Stützungskäufe der italienischen Seidenindustrie zuteil werden ließ, hat die verflissene Campagne doch mit mehr oder weniger erheblichen Verlusten für sie abgeschlossen, da der Costo in den meisten Fällen noch die vom Staat zur Zeit bewilligten hohen Einkaufspreise übertraf. Der Wettbewerb Asiens macht sich mehr und mehr bemerkbar und drückt auf die Preise, da dieser Erdteil billiger herstellt, besonders jetzt, wo Italien den Achtstundentag eingeführt hat, und die Spinn- und Zwirnlöhne ums drei- und vierfache gesteigert worden sind. Der Spinnlohn in Japan ist trotz erfolgter Erhöhung um 1/3 geringer als in Italien. Einzelne italienische Eigner haben, den Ereignissen vorausseilend, in der letzten Zeit im Preise nicht unvorteilhafte Angebote großer Mengen, namentlich gezwirnter Seiden, hierher gelegt. Da für Lieferung erst die Zeit von Herbst bis Jahreschluß in Betracht kommt, ist im hiesigen Bezirk die Meinung hierfür noch schwach. („Rh.-W. Ztg.“) Wth.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Die auf Einladung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln am 8./7. tagende Versammlung von industriellen Verbänden des besetzten Gebietes hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß sich die Industrie der besetzten Rheinlande zu einer

Rheinischen Gruppe des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammenschließt. In der nächsten Sitzung sollen die Wahlen für den zu bildenden ständigen Ausschuß vorgenommen werden. („Köln. Z.“) *on.*

Ein skandinavisches Privatmonopol für Kali. Die Gesellschaft für Herstellung künstlichen Stickstoffs, die Norsk-Hydroelektrisk Kvälstof Aktieselskap, die die größten Fabriken ihrer Art in Norwegen besitzt, soll den Kleinvertrieb für Skandinavien und Finnland für die Kaliprodukte der elsässischen Gruben erhalten. Es stellt dies eine einzigartige ökonomische Eroberung für die Gesellschaft dar. Norwegen allein verbraucht etwa 20 000 t Kali jährlich, Schweden dreimal so viel, Dänemark etwas weniger als Schweden und Finnland ähnlich so viel wie Norwegen. Die Ergiebigkeit der elsässischen Kalilager scheint im Ausland denn doch überschätzt zu werden. Jedenfalls sind für elsässische Kaliprodukte bereits so viele Aufträge eingelaufen, daß sie selbst bei ärgstem Raubbau wohl kaum zur Ausführung gelangen können. („Dagbladet.“) *ll.*

Unter dem Namen „**Formosanische Campherfabrikations-Gesellschaft**“ haben sich 15 japanische Betriebe, die sich mit der Erzeugung von Rohcampher befassen, zu einem Syndikat mit einem Kapital von 10 Mill. Yen zusammengeschlossen. („Osaka Mainichi.“) *on.*

Die **Gründung einer Ausfuhrorganisation amerikanischer Zementfabriken in den Vereinigten Staaten**, die das Zementausfuhrgeschäft unter dem Webb Pomerene-Gesetz betreiben soll, ist von 11 bedeutenden Firmen der amerikanischen Portlandzementindustrie beim Handelsamte angemeldet. Die Mitglieder des Ausfuhrverbandes, welcher ein Grundkapital von 100 000 Dollar erhalten soll, sind die Firmen Lawrence Portland Cement Co., New York; Allentown Portland Cement Co., Allentown, Pa.; Giant Portland Cement Co., Philadelphia, Pa.; Nazareth Cement Co., Nazareth, Pa.; Phoenix Portland Cement Co., Philadelphia, Pa.; Glens Falls Portland Cement Co., Glens Fall; Coplay Cement Co., Coplay, Pa.; Hercules Cement Corporation, Philadelphia, Pa.; Philadelphia Cement Corporation, Philadelphia, Pa.; Helderborg Cement Co., Albany, N. Y.; Dexter Portland Cement Co., Nazareth, Pa. („New York Commercial“ vom 7./5. 1919.) *ll.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Schweiz. Aufhebung der S. S. S. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich sofort, nachdem die assoziierten Regierungen von der Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland Kenntnis genommen hatten, bereit erklärt, die S. S. S. und die mit der Blockade zusammenhängenden Einschränkungen aufzuheben. Die hiesigen diplomatischen Vertreter der genannten Mächte überreichten am 12./7. entsprechende Noten, die im Namen des Bundesrates vom Volkswirtschaftsdepartement entgegengenommen und beantwortet wurden. Damit sind alle Ausfuhrbeschränkungen, soweit sie auf internationalen Vereinbarungen beruhen, hinfällig geworden. Der Bundesrat hat der S. S. S. von diesem Notenaustausch Kenntnis gegeben mit der Bemerkung, sofort ihre Tätigkeit einzustellen und in Liquidation zu treten. *ll.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Australien. Schließung großer Bergwerke in Queensland. Durch Stilllegung der Mount Morgan Minen (s. S. 337) sind 1500 Arbeiter beschäftigungslos geworden, während einige weitere Tausend mittelbar davon betroffen werden. — Mit Bezug hierauf sagt der Premierminister, daß die Bundesregierung im Interesse der Kupferindustrie versuchen werde, einen einheimischen Markt zu finden, oder die Kaiserliche Regierung veranlassen werde, im Hinblick auf die fortgesetzte Schließung von Minen und die daraus folgende Auflösung dieser Industrie hilfreich einzugreifen, um die rechtzeitige Erzversorgung der Industrie zu ermöglichen. („The British Australasian“ vom 19./6. 1919.) *dn.*

Schweden. Geschäftsbericht. Auf der am 5./7. anberaumten Generalversammlung von Norbottens Eisenwerk ist als besonderer Punkt der Tagesordnung der „Ankauf des Eisenwerks Karlsvick“ zu verzeichnen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Norbottens Verhandlungen mit der Regierung wegen des Bezuges der erforderlichen Energiemengen von Kraftwerk Porjus eingeleitet hat, die es in die Lage versetzen soll, 30 000 t Elektroheisen im Jahre zu erzeugen. Die Gesamtleistung von Norbottens Eisenwerk wird nach seinem vollständigen Ausbau auf 120 000 t Roheisen veranschlagt. („Svensk Handelstidning.“) *on.*

Chemische Industrie.

Japan. Behälter für Bohnenöl. Die Firma Mitsui & Co. hat den Bau von sieben Behältern für die Aufnahme von Bohnenöl in Dalny in Angriff genommen, die ein Fassungsvermögen von insgesamt 6750 t haben und mit dem Hafen durch Rohrleitung verbunden sind. Die Behälter sind gänzlich aus Stahl gearbeitet und

mit Heizvorrichtungen versehen, um das Gefrieren des Öls zu verhindern. („The Japan Chronicle“ vom 24./4. 1919.) *ll.*

England. Zum Wettbewerb des künstlichen Stickstoffs. Die bekannte Salpeterfirma W. Montgomery & Co. in London wendet sich in ihrem Halbjahrsbericht für 1919 gegen die allzu leichtfertige Weise, in der die Leiter verschiedener Salpetergesellschaften in ihren Generalversammlungsreden den Wettbewerb des synthetischen Stickstoffs beiseite geschoben haben. „Norgesalpeter z. B. ist fast rein und enthält, wie Analysen ergaben, 3—4% Natriumnitrat mehr als das chilenische Erzeugnis, und ist dabei frei von Chloriden. Das Steigen der Erzeugung mag sich langsam vollziehen, doch würde es sofort eine Beschleunigung erfahren, wenn das künstliche Erzeugnis im Preise den Wettbewerb mit Chilesalpeter aushalten könnte.“ Andere synthetische Düngemittel sind nach Ansicht der Firma Montgomery zwar nicht mit Chilesalpeter zu vergleichen, aber doch in der Lage, den chilenischen Erzeugern Schwierigkeiten zu bereiten, besonders wenn diese ihre nach Ansicht der Firma Montgomery verfehlte Verbandspolitik und Preispolitik auf die Spitze treiben. („Fin. Times“ vom 2./7. 1919.) *Ec.**

Alkohol als Kraftwagenbrennstoff. Angesichts der dauernden Verteuerung des Benzins und der künftigen größeren Inanspruchnahme dieses Brennstoffes für den Luftverkehr empfiehlt ein Sonderausschuß der englischen Petroleumexekutive die rechtzeitige Vorbereitung der eventuellen Verwendung denaturierten Alkohols: a) durch Schaffung entsprechender Tankräume in den Häfen für große Einfuhrmengen, die aus Canada, Indien oder Südafrika kommen könnten und schon vor der Einfuhr denaturiert sein könnten; b) durch Freigabe des Transports solchen Alkohols in Tankwagen, Tankautos und Tankautos statt in kleinen Behältern; c) durch zollfreie Einfuhr des zu diesem Zweck bestimmten Alkohols; d) durch seine Befreiung von der Sonderabgabe für Motorbrennstoff, wie sie schon für Benzol und schottisches Schieferöl erfolgt ist. („Fin. Times“ vom 7./7. 1919.) *Ec.**

Italien. Verstaatlichung der Versuchsstation für Öl- und Fetterzeugung. Das der technischen Hochschule in Mailand angegliederte Versuchslaboratorium für Öl- und Fetterzeugung ist unter dem Namen „R. Stazione Sperimentale per l'industria degli olii e dei grassi in Milano“ vom Staate übernommen worden. Es ist den Studierenden von Hochschulen aller Art geöffnet und soll praktisch-theoretische Lehrkurse für Arbeiter und Werkmeister abhalten. Das Ministerium für Industrie hat einen jährlichen Zuschuß von 3000 Lire und einen erheblich gesteigerten Anteil an den Betriebskosten bewilligt. Ferner beteiligen sich die Stadt Mailand mit 10 000 Lire, die Provinz mit 2000 Lire, die Handelskammer mit 3000 Lire daran. Auch einzelne Firmen haben sich an der Unterstützung beteiligt, darunter die Stearinkerzenfabrik Mira (Venedig) mit 20 000 Lire. („Nachrichten“ 138, 1919.) *ll.*

Liquidation. Die außerordentliche Generalversammlung der Mailänder Aktien-Gesellschaft Industria Chimica Residui Agricoli hat die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beschlossen.

Geschäftsbericht. In außerordentlicher Generalversammlung vom 20./6. haben die Aktionäre der Società Italiana Colori Artificiali in Mailand den Generalversammlungsbeschluß vom 31./3. bestätigt, wonach das Aktienkapital durch Verminderung des Wertes der 7000 Aktien von 500 Lire auf 250 Lire auf 1 750 000 Lire herabgesetzt und durch Ausgabe von 13 000 neuen Aktien zu 251 Lire auf 5 Mill. Lire erhöht werden soll. („Sole“ vom 21./6. 1919.) *Ec.**

Schweiz. Geplante Neugründung. Einige Farbenfabrikanten beabsichtigen zusammen eine große Farbstofffabrik in den Vereinigten Staaten zu errichten. („Kelly's Monthly Trade Review.“) *Gr.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Amerikanische Wirtschaftsinteressen. Amerikanische Finanz- und Industriekonzerne richten ihr Augenmerk darauf, größere Industriewerke in Deutschland in ihren Besitz zu bringen. Man geht davon aus, daß durch die Verarbeitung amerikanischer Rohprodukte in eigenen Betrieben in Deutschland sich der Absatz amerikanischer Erzeugnisse in Europa leichter und billiger durchführen läßt als von Amerika aus. Da für die Erzeugung vorzugsweise amerikanische Erfahrungen und Praktiken verwendet werden sollen und hauptsächlich der Massenabsatz bestimmter Typen in Betracht kommt, will man auch vorzugsweise amerikanische Ingenieure heranziehen, die bereits auf diese Methoden eingearbeitet sind. („Allg. Z.“) *on.*

Der künftige deutsch-englische Handelsverkehr. Die englische Regierung wird in den nächsten Tagen den Handelsverkehr mit Deutschland freigeben. Während im Schiffsverkehrsverkehr und für die meisten Industriezweige keine Beschränkungen bestehen bleiben, soll zum Schutz der erst während des Krieges von Deutschland unabhängig gewordenen Industriezweige eine gewisse Kontrolle bestehen

bleiben. Diese bezieht sich auf die Einfuhr von Kali, Chemikalien und Farbstoffen. *on.*

Zur Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit England und Frankreich. Nachdem der Friede zustande gekommen ist, ist es nicht uninteressant zu sehen, daß auch von seiten des Entente-handels Bemühungen gemacht werden, um den Handel mit Deutschland wieder aufzunehmen. Es ist bekannt, daß zahlreiche Handelsagenten der ehemals feindlichen Länder sich in den besetzten Gebieten um den Verkauf von Waren bemühen. In diesen Tagen hat nun in Berlin ein Konsortium, das unter der Führung des Engländers Ernest H. Kendall steht, seine Eintragung als „Handelskompanie m. b. H. Import-Export“ bewirkt. Die Gesellschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, sowohl englische Ware nach Deutschland hereinzubekommen, als insbesondere den Firmen, die durch die Kriegsverhältnisse und durch den für Deutschland ungünstigen Friedensschluß ihre Abnehmer in England verloren haben, bei der Wiederanknüpfung des Absatzes behilflich zu sein, was ihnen durch ihre mannigfachen Beziehungen zu den Ententeländern erleichtert ist. — Der französische Abgeordnete Clementel, der einen regen Warenaustausch mit Deutschland ins Auge gefaßt hat, hat soeben ein Handelsamt, bestehend aus 21 Syndikatsgruppen, gebildet. Ein Aktionskomitee ist gewählt worden aus den Vertretern der Eisenindustrie, der chemischen, der Textilindustrie und des Nahrungsmittelgewerbes. Seine Rolle besteht darin, der Regierung für jede Kategorie die für Frankreich nötige Einfuhrziffer anzugeben und gleichzeitig aber den Produktionsmöglichkeiten Frankreichs ebenso wie der in Frankreich und dem Ausland geltenden Preise Rechnung zu tragen. Sie werden die Entwicklung der französischen Erzeugung in dem Sinne leiten, daß die Einfuhr verkleinert und die Ausfuhr vergrößert wird. — Unter dem Namen „British Oversea Bank“ erfolgte die Gründung einer englischen Außenhandelsbank, die der Ausbreitung des englischen Handels auf Kosten des deutschen dient. Das Kapital umfaßt 1 Mill. Fünfpfundaktien. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Verbot der Einfuhr deutscher Waren nach Lothringen. Von einem großen Hüttenwerk wird der „Rhein.-Westf. Ztg.“ geschrieben, daß in den letzten Tagen mehrfach Abnehmer aus Lothringen und zwar alles Jahrzehnte alte Kunden um Annullierung der laufenden Aufträge ersucht haben, weil ihnen für Sendungen aus Deutschland von der französischen Behörde keine Einfuhrgenehmigung mehr erteilt werde. Man sei daher genötigt, die Geschäftsverbindungen abzubereiten und den Bedarf in Frankreich zu decken. *dn.*

Kohlenabkommen mit der Tschecho-Slowakei. Der sächsische Leiter des Kohlenausgleichs, Eisenbahndirektor Krämer, hat an den Verhandlungen über die gegenseitige Lieferung von Kohlen zwischen dem Reichskommissar für Kohlenverteilung der amerikanischen Wirtschaftskommission und der tschechoslowakischen Regierung teilgenommen. Es ist eine Verständigung erzielt worden. Deutschland gibt oberschlesische, die Tschecho-Slowakei böhmische Kohlen ab. In Zukunft wird also Sachsen aus Böhmen Kohlen beziehen, während Mähren und Böhmen aus Oberschlesien Kohlen erhalten. Für die sächsische Industrie ist das von größter Wichtigkeit, da sie zum größten Teil auf böhmische Kohlen eingestellt ist. Auch größere Mengen zu Hausbrandzwecken werden frei werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Förderung im nordwestböhmischen Kohlenrevier im Gegensatz zu sämtlichen deutschen Revieren im Vergleich zur Förderung in den Kriegsmonaten gestiegen ist. Sie würde noch wesentlich höher sein, wenn nicht Wagenmangel die Abfuhr hinderte und dadurch auch die Leistungsfähigkeit der Werke beeinträchtigt würde. Zur Zeit müssen in Böhmen beträchtliche Kohlenmengen gestapelt werden. („D. Allg. Ztg.“) *U.*

Aus der Kaliindustrie.

Die Schichtdauer im Kalibergbau. Die Frage, ob im Kalibergbau die siebenstündige Schicht unter Tage einschließlich einviertelstündiger Pause nach Anträgen der Organisationsvertreter der Arbeiterschaft eingeführt werden könne, wurde durch die Entscheidung der zur Prüfung dieser Frage ernannten paritätischen Kommission unter dem Vorsitz eines vom Herrn Reichsarbeitsminister ernannten Vorsitzenden nach vorausgegangenen Befahrungen von Kohlen- und Kalibergwerken in der Schlußsitzung am 13./7. d. J. verneint. Die Kommission hat entschieden, daß die Schichtzeit im Kalibergbau unter Tage siebeneinhalb Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause beträgt und daß die Einrechnung der halbstündigen Pause in die vorgeschriebene achtstündige Schichtzeit über Tage nicht zulässig ist. Sie hat ferner festgestellt, daß auch diejenigen Belegschaften, welche bereits eine kürzere Schichtzeit verfahren haben, die von der paritätischen Kommission für verbindlich erklärten Schichtzeiten innehalten müssen. („D. Allg. Ztg.“) *ar.*

Die Frage der Preiserhöhung in der Kaliindustrie. Nach der „Rh.-W. Ztg.“ haben die in der Kaliindustrie seit Kriegsausbruch erlittenen Verluste die Höhe von rund 46 Mill. M erreicht. Zur Vermeidung der Betriebseinstellung einer großen Anzahl von Werken ist die Erwartung berechtigt, daß die Regierung schon für die aller-

nächste Zeit Maßregeln zur angemessenen Heraufsetzung der Kalipreise vorbereiten wird. Das Höchstmaß der Preiserhöhung soll angeblich an 100% heranreichen. *U.*

Kaligewerkschaft Hansa-Silberberg. In der Gewerkschaftsversammlung wurde u. a. mitgeteilt, daß in den ersten 5 Monaten 1919 232 000 M Verlust infolge der bekannten kritischen Verhältnisse (i. V. 398 000 M Gewinn) entstanden seien. Dieses Resultat sei typisch für die Kaliindustrie, die, wenn es so weitergehe, einer Katastrophe entgegengehe. *on.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Am 9./7. d. J. waren im Reichswirtschaftsministerium Vertreter der Eisen und Stahl erzeugenden Industrien versammelt, um im Beisein der beteiligten Händler und Verbraucher sowie der durch die Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeitnehmer über die Bildung einer **Außenhandelsstelle für das Gebiet der Eisen- und Stahlerzeugung** zu beraten. Grundsätzlich wurde in einer seitens der Eisen- und Stahlindustriellen verlesenen Erklärung dem Plane der Bildung einer Außenhandelsstelle zugestimmt. Es wurde jedoch Wert darauf gelegt, daß als entscheidendes Organ zur Ausführung der von den Behörden gegebenen Richtlinien der Vertrauensmann (Reichsbevollmächtigter) auftreten soll, und daß der zu bildende Außenhandelsausschuß, in dem alle Interessentengruppen zugleich vertreten sind, zur Erledigung der vorliegenden Aufgaben nur gutachtlich tätig ist. Man befürchtet, daß bei den natürlichen Gegensätzen der in der Außenhandelsstelle vertretenen Interessentengruppen eine Abstimmung über die zu treffenden Entscheidungen zu Mißlichkeiten führen würde, und glaubt, diesen Schwierigkeiten dadurch begegnen zu können, daß der unparteiische Vertrauensmann die Befugnis erhält, selbständig die Entscheidung zu treffen. Letzterer wird dadurch veranlaßt, im Sinne aller Beteiligten des Wirtschaftszweiges zu handeln, da für die Ausübung seiner Tätigkeit als Voraussetzung gilt, daß ihm das Vertrauen aller Interessentenkreise und auch der Behörden erhalten bleibt. An dem System der bisherigen Handhabung der Ausfuhrverbote soll nichts geändert werden. Man wünscht ferner in gleicher Weise die Regelung der Einfuhr durch die Außenhandelsstelle zu übernehmen. Die erschienenen Vertreter des Handels und der verschiedenen Verbraucherkreise waren mit der von den Eisen und Stahl erzeugenden Industriellen vorgeschlagenen Fassung einverstanden. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft äußerten gewisse Bedenken, behielten sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme vor, da sie zu der ihnen erst in der Versammlung bekannt gewordenen Fassung sich zunächst mit ihrem Zentralvorstand beraten müßten. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums konnte eine Erklärung über die endgültige Stellungnahme seiner Behörde nicht abgeben, gab jedoch der Erwartung Ausdruck, daß die vorgeschlagene Fassung eine geeignete Grundlage zur Bildung der Außenhandelsstelle geben möge. Es wurde eine Kommission eingesetzt, in der alle Interessentengruppen vertreten sind, um die Satzung der baldmöglichst ins Leben zu rufenden Außenhandelsstelle im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium auszuarbeiten. („D. Allg. Z.“) *ar.*

Vereinigten Deutsche Nickelwerke. A.-G. in Schwerde i. W. (vormals Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co.). Nach 662 728 (843 545) M Abschreibungen verbleibt einschließlich 526 715 (522 124) M Vortrag ein Reingewinn von 2 347 707 (3 376 077) M, woraus 22 (30)% Dividende verteilt werden. Vortrag 174 303 M. *on.*

Luxemburgische Eisenindustrie. Vor kurzem wurde die „Aachener Hütte“, Abteilung des Gelsenkirchener Bergwerk-Vereins, stillgelegt. Die „Adolf-Emil-Hütte“ arbeitet nunmehr mit 3 Hochöfen, und auch das Stahl- und Walzwerk der „Adolf-Emil-Hütte“ wird wieder in normalen Betrieb genommen. *Wth.*

Chemische Industrie.

Chemische Werke vorm. H. & F. Albert in Amöneburg-Biebrich. Zuzüglich 1 656 074 (1 653 842) M Vortrag und nach 1 382 865 (1 076 460) M Abschreibungen ging der Reingewinn auf 2 973 711 (5 294 327) M zurück. Dividende 20 (30)%. *dn.*

Schleische Elektrizitäts- und Gas-A.-G. in Breslau. Nach Abschreibungen von 20 000 (615 000) M ergibt sich ein Verlust von 163 418 M, der vorgetragen werden soll (i. V. 929 693 M Gewinn, woraus 5% Dividende verteilt wurden). *U.*

Sprengstofffabriken Hoppecke A.-G., Köln. Reingewinn einschließlich Vortrag 14 891 (442 376) M. Dividende 14,11 (19,38)% für die Vorzugsaktien und 6,11 (5,36)% auf die Stammaktien. *ar.*

Westdeutsche Sprengstoffwerke, A.-G. in Dortmund. Einschließlich 5800 M (wie i. V.) Vortrag und nach 107 418 (121 896) M Abschreibungen Reingewinn 293 444 (392 801) M, Dividende 13% (18)% auf die Vorzugsaktien und 11 3/4 (16)% auf die Stammaktien. *U.*

Industrie der Steine und Erden.

Verschmelzung in der oberschlesischen Zementindustrie. Die Portland-Zement- und Kalkwerke Akt.-Ges. in Schimischow (früher Schimischower Portland-Zement-Fabrik) beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Verschmelzung mit der „Silesia“ Neue Oppelner Portland-Zement-Fabrik beschließen soll.

Die Fusion soll dergestalt erfolgen, daß für das 2,5 Mill. M betragende Grundkapital der Silesia ebenfalls 2,5 Mill. M neu auszugebende, vom 1./1. 1919 ab dividendenberechtigte Aktien des Schimischower Unternehmens gewährt werden. Das Grundkapital der letztgenannten Gesellschaft würde durch die vorzunehmende Kapitalerhöhung auf 5,4 Mill. M anwachsen. An Dividende wurden in den letzten beiden Geschäftsjahren von der Schimischower Fabrik je 10% und von der Silesia 14 und 16% ausgeschüttet. („B. Tg.“) on.

Verschiedene Industriezweige.

Verteilung von Textilrohstoffen. Nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ ist im Kabinett beschlossen worden, die im Besitz des Reichs befindlichen Rohstoffe und Fertigfabrikate auszuschütten und die Waren teils dem freien Handel zuzuführen, teils die notleidende Bevölkerung damit zu bedenken. Wth.

Zuckerfabrik Schottwitz i. Schl. Nach Abschreibungen von 159 804 (151 375) M Reingewinn 110 415 (75 052) M, Dividende wieder 5%. on.

Zuckerfabrik Münsterberg A.-G. Nach Abschreibungen von 166 500 (125 759) M ergab sich ein Reingewinn von 43 231 (38 427) M, aus welchem eine Dividende von 8% verteilt wurde. ll.

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Forschungsinstitute.

Gründung Industriewissenschaftlicher Institute in Italien. In Mailand wurde in räumlichem Zusammenhang mit den anderen industriellen Fachinstituten, die wie die bereits bestehenden Anstalten für Papier, Fasergewebe, Öle, Fette und Chemikalien und die noch geplanten für Gummi und landwirtschaftliche Mechanik die „Stadt der Studien“ bilden sollen, mit einem Kapital von 1 Mill. Lire das Konsortium „per l'Assetto degli istituti e laboratori scientifico-industriali“ als Aktiengesellschaft zur Förderung von industriellen Forschungen gegründet. („Corriere della Sera“ vom 25./6. 1919.) ar.

Zur Gründung eines Forschungsinstitutes für tierische und pflanzliche Öle und Fette. In der Zeitschrift „Der Seifenfabrikant“ Nr. 27 bis 28 weist Dr. Karl Braun, Berlin, auf die Notwendigkeit der Gründung eines Forschungsinstitutes für Öle und Fette hin. Während fast alle anderen Industrien bereits Forschungsinstitute besitzen oder in Kürze besitzen werden, hat die Fett- und Ölindustrie dieses noch nicht, obgleich hier, wie in der verwandten Lackindustrie, genug Probleme zu lösen sind. Welche Aufgaben in der Fett und Öl herstellenden Industrie der Lösung harren, hat Braun in einem anderen Aufsatz (Zeitgemäße Betrachtungen über die Verarbeitung von Ölfrüchten, Technische Rundschau Nr. 14, 1919) dargelegt. Daher sind bei der Aufbringung der Kosten für das Forschungsinstitut, welchem Fachschulen anzugliedern sind, nicht nur die Fette und Öle verarbeitenden, sondern auch die herstellenden Industrien heranzuziehen. Man kann Braun nur beipflichten, wenn er verlangt, daß das Reichswirtschaftsministerium baldigst diejenigen Schritte ergreifen soll, welche erforderlich sind, um der Gründung des Institutes die Wege zu ebnen. Interessenten kann die Durchsicht des eingangs erwähnten Aufsatzes nur empfohlen werden. on.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Aufhebung der niederländischen chemischen Industrie gegen den Achtstundentag. Die bevorstehende Einführung einer holländischen Arbeitsgesetzreform, in der vornehmlich die Arbeitszeit stark beschränkt und für Fabriken, Werkstätten und Bureaus auf acht Stunden je Tag und 45 Stunden je Woche festgelegt wird, hat zu einer großen Protestbewegung von Seiten der Fabrikanten der verschiedensten Industriezweige geführt. Von Handelskammern und Arbeitgeberverbänden wurde die beabsichtigte Regelung als eine tief einschneidende Maßregel bezeichnet, durch welche die Lebensfähigkeit der niederländischen Industrie aufs äußerste bedroht werde. Der Standpunkt der chemischen Industrie zur geplanten Einführung des Achtstundentages wurde zuerst von dem Ingenieur G. de Clercq in „Economisch-Statistische Berichten“ (1919, S. 327) vertreten. Bei Einführung des Achtstundentages — heißt es hier — werden die Lohnkosten für die Fabrikationseinheit genau um ein Drittel zunehmen im Vergleich zum zwölfstündigen Arbeitstag; da die Zeitdauer jeder Reaktion usw. feststeht und auf den Produktionspreis einen unveränderlichen Einfluß ausübt, den die Arbeitskraft des Arbeiters in keiner Weise beeinflussen kann, eine Erweiterung des Aufsichtsbereiches des einzelnen Arbeiters kaum möglich und ein erhebliches Rentabilitätsmaximum bereits erzielt ist, wird die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die chemische Industrie wenig Nutzen, sicher jedoch eine Erhöhung der Erzeugungskosten bringen. Die Direktion der „Niederländische Gist- en Spiritusfabrik“ in Delft richtete Anfang Juni gemeinschaftlich mit der Direktion der „Lijmen Gelatinefabrik Delft“ eine Eingabe an die Zweite Kammer der

Generalstaaten, in der darauf hingewiesen wird, daß die beiden Unternehmen seit fünf Monaten den Achtstundenarbeitstag durch Anwendung des Dreischichtensystems eingeführt haben. Die Betriebskosten sind hierdurch stark gestiegen; in gewissen Fällen haben sich die Produktionskosten um 16% erhöht. Die Einführung der 45-Stunden-Woche würde eine Verkürzung der Arbeitszeit um fünf Stunden je Schicht, insgesamt 15 Stunden je Woche, bedeuten. Die Adressanten, denen sich inzwischen noch 20 andere Fabriken angeschlossen haben, die sämtlich zu der „Vereeniging van de Nederlandsche Chemische Industrie“ gehören, warnen entschieden vor den Folgen, die eine Einführung der 45-Stunden-Woche für die chemische Industrie haben würde. In der Besprechung der Einzelpunkte des Gesetzentwurfes kommen die beiden genannten Gesellschaften — was ihre eigenen Betriebe anbelangt — u. a. noch zu folgenden Schlüssen: Im Dauerbetriebe muß der Dreischichtendienst gesetzlich am Sonntagabend um 10 Uhr anfangen dürfen. Sonntags- und Sonnabendnachmittagsarbeit muß im allgemeinen gestattet sein, vielleicht jedoch mindestens einmal in drei Wochen. Das Recht, nach eigenem Ermessen zu einem Zwei-, Drei- oder Vierschichtensystem überzugehen, muß der Industrie gesetzlich gesichert werden. Von einer Farbenfabrik wurde darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Erzeugungskosten die Konkurrenz mit dem Auslande unterbinde, obwohl im Hinblick auf die große Zahl der niederländischen Farbenfabriken Export dringend notwendig sei. Die gleichen Bedenken werden von Seiten der Zuckerindustrie und der Glasfabriken erhoben. Die niederländischen Rübenzuckerfabrikanten haben in einem Schreiben an den Arbeitsminister um Änderung der Gesetzesvorlage gebeten, da sie während der ersten Campagne nicht genügend geschultes Personal zur Durchführung des Dreischichtensystems werden heranbilden können. Od.

Ausgestaltung der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung. In seiner letzten Sitzung hat sich der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte neben einer großen Zahl von wichtigen Angelegenheiten mit der Ausgestaltung der Selbstverwaltung befaßt und eine Novelle im Entwurf hergestellt, die alle Wünsche der Arbeitgeber sowohl als auch der Angestelltenverbände nach Möglichkeit berücksichtigt. Die wichtigsten Punkte in dieser Novelle haben einstimmige Annahme des Verwaltungsrates, sowohl der Arbeitgebervertreter als auch der Versichertenvertreter, gefunden. Hervorzuheben sind: a) Wahl des gesamten Direktoriums und der höheren planmäßigen Beamten (deren Ernennung bisher vom Kaiser nach Vorschlag des Bundesrats erfolgte) geschieht in Zukunft vom Verwaltungsrat. Es entspricht dieses den neuzeitlichen, überall eingeführten Gebräuchen. Auch die zur Zeit im Amt befindlichen Direktorialmitglieder sollen sich einer Neuwahl unterwerfen. Diese Forderung ist eine folgerichtige Notwendigkeit der Einführung absoluter Selbstverwaltung. b) Die Personalunion in der Person des Präsidenten des Direktoriums und des Verwaltungsrates ist beseitigt. Der Verwaltungsrat glaubt mancherlei Vorkommnisse, Hemmungen und Unzufriedenheiten auf diese Personalunion zurückführen zu sollen, weshalb er es für dringend geboten hielt, mit dieser Personalunion aufzuräumen. In Zukunft wählt der Verwaltungsrat seinen Präsidenten selbst, und zwar aus seiner Mitte. Durch diese Neuerung erhält der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung des sonstigen Ausbaues der Selbstverwaltung ein ganz anderes Gewicht in der Reichsversicherungsanstalt und kann den berechtigten Wünschen von Arbeitgebern und Versicherten leichter und schneller Geltung verschaffen. Aber auch die inneren Verhältnisse in der Reichsversicherungsanstalt dürften durch diese Einrichtung eine andere Basis erhalten. Beabsichtigt ist, das Amt des Präsidenten des Verwaltungsrates abwechselnd durch einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer zu besetzen. In dem Jahr, in welchem ein Arbeitgeber die Leitung hat, ist ein Arbeitnehmer sein Stellvertreter und umgekehrt. c) In Zukunft soll die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates von 24 auf 30 erhöht werden und also aus je 15 Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen. Die ausgebaute Selbstverwaltung bringt es mit sich, daß der bisherige Verwaltungsrat mehr als bisher in Ausschüssen wird arbeiten müssen, und dafür dürfte eine etwas größere Anzahl von Mitgliedern erforderlich sein. d) Um der Zentralisierung in Berlin, soweit das möglich ist, die Spitze zu brechen, legt man Wert darauf, den Ortsausschüssen eine größere Bedeutung zu geben. Während das Gesetz bisher nur Vertrauensmänner kannte, bringt die Novelle die Bildung von Ortsausschüssen als feste Einrichtung, die auch mit Beamten besetzt werden können. Durch diese sehr zu begrüßende Maßnahme wird hoffentlich erreicht, daß eine große Reihe von Dingen bei den Ortsausschüssen Erledigung findet, und daß sich Arbeitgeber und Versicherte in Zukunft in weitestem Maße anstatt nach Berlin an ihre Ortsausschüsse wenden können, die bisher keinerlei rechtliche Stellung hatten. Zu überlegen hätte der Verwaltungsrat, ob nicht auch die Zahlung der Beiträge anstatt nach Berlin an die Ortsausschüsse erfolgen könnte. e) Endlich ist noch von allgemeinem Interesse der Beschluß, weitere Rentenausschüsse zu errichten. Dadurch wird einem vielseitig gehegten, dringendem Wunsche Rechnung getragen. Während bisher die ganze Rechtsprechung in Berlin lag und dadurch häufig Klagen über Mangel an Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zu hören waren, ohne daß die

überdies stark belastete Berliner Spruchbehörde diesen Klagen irgendwie Rechnung tragen konnte, wird diesem Übel durch die weitere Errichtung von Rentenausschüssen abgeholfen. Gr.

Der Verband der Angestellten-Ausschüsse der Teerfarben-Industrie, zu dem sich Firmen zur Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben, hat sich mit einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gewendet, in der er gegen die §§ 6, 30, 36 und 39 des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte im Namen der Angestellten Einspruch erhebt. Die Einwendungen der Angestellten richten sich 1. gegen die Bemessung der Vertretung nur nach der Kopffzahl (§ 6), 2. gegen die Auflösung der Angestelltenausschüsse ohne Sicherung einer genügenden Interessenvertretung der verschiedenen Angestelltenkategorien (§ 39), 3. vor allem aber gegen die Absetzbarkeit der Angestelltenvertreter durch die Arbeiter (§§ 30, 36, vgl. § 35). Folgende positive Gegenvorschläge werden gemacht: 1. Die Parität der beiden Gruppen — Angestellte und Arbeiter — im Betriebsrat muß gewahrt bleiben. 2. Die Vertreterzahl der Angestellten muß so hoch bemessen sein, daß die verschiedenen Kategorien der Angestellten, z. B. Chemiker, Kaufleute, Werkmeister usw. ihre eigenen Sprecher haben. 3. In den §§ 30, 36 Absatz 3 ist gruppenweise getrennte Abstimmung der Arbeiter und Angestellten vorzusehen, so daß jede Gruppe, Arbeiter oder Angestellte, für sich getrennt ihren Vertretern, die sie gewählt hat, das Vertrauen entziehen kann. Gr.

Tagesrundschau.

Erfolg der chemischen Industrie in Chile. Auf der Landwirtschaftsausstellung von Montevideo erhielten die chemischen Werke von El Recreo bei Valparaiso, deren Besitzer die Herren Harnboure und Hamel sind, erste Preise für ihre verschiedenen chemischen Erzeugnisse, vor allem einen großen Preis, Goldmedaille und Ehrendiplom für ihr Desinfiziermittel Naphto-Carbol, das als das beste für Rindvieh und Schafe anerkannt wurde. Dieser Erfolg wurde gegen starken argentinischen und uruguayischen Wettbewerb erstritten. („El Mercurio“, Valparaiso.) („Nachrichten“ 13, 1919.)

Tod Sir John Brunners. Am 1./7. ist auf seinem Landsitz Silverlands in Chertseys Sir John Brunner, der Begründer der größten Alkaliwerke der Welt, im Alter von 77 Jahren gestorben. Als Sohn eines schon damals in Everton, Liverpool, ansässigen Schweizer Lehrers 1842 geboren, erhielt er seine Erziehung in England, trat fünfzehnjährig ins Geschäftsleben und gründete 1873 mit Ludwig Mond die unter der Firma Brunner, Mond & Co. so berühmt gewordene Fabrik. Von 1885—1910 gehörte er als liberaler Abgeordneter dem englischen Parlament an. („Fin. Times“ vom 2./7. 1919.) Ec.*

Personal- und Hochschulsnachrichten.

Es wurde ernannt: Privatdozent Dr. E. H. Büchner zum Lektor für Propädeutik der allgemeinen und anorganischen Chemie an der Universität Amsterdam.

Gestorben sind: H. Fellingner, stud. chem., im Weltkrieg gefallen. — Prof. der Chemie Winkl. Geh. Rat Exzellenz Dr. Emil Fischer, Berlin, im Alter von 67 Jahren. — Prof. Dr. Lippmann ist in Wien gestorben. Er war ein Schüler Bunsens und lange Zeit als Assistent am Pariser chemischen Institut tätig. Seine zum Teil bahnbrechenden Forschungen lagen auf analytischem Gebiete der organischen Chemie, wobei er zur Erforschung und praktischen Verwertbarkeit des Indigo viel beigetragen hat.

Personalsnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: H. von Appen und R. Gravenstein, Berlin, bei der Fritz Wagener G. m. b. H., Berlin; P. Höfels, Cassel, E. Mürrle, Pforzheim und Ing.-Chem. A. Holzhausen, Sangerhausen, bei der Fa. Terpen-Industrie, G. m. b. H., Graben; H. Sauerländer, Rudolstadt, bei der Chemisch-pharmazeutischen Fabrik „Saale“, G. m. b. H., Rudolstadt; Dr. jur. M. Schönmann, Charlottenburg, bei der Pharmazeutischen Seifen-Industrie G. m. b. H., Berlin; R. Schubert, Tettau, bei der Fa. Porzellanfabrik Tettau, vormals Sonntag & Söhne, G. m. b. H., Tettau.

Prokura wurde erteilt: O. Brandt und W. Köppen, Berlin, bei der Fritz Wagener G. m. b. H., Berlin; E. Coenen und Dr. H. Finkelstein, bei den Chemischen Fabriken vorm. Weiler ter Meer, Crefeld-Bochum; Dr. K. Ott, Dr. J. Laux, M. Grünewald, L. Kramer, F. Müller bei den Chemischen Fabriken vorm. Weiler ter Meer in Uerdingen.

Gestorben sind: Sir John Brunner, der Begründer der größten Alkaliwerke der Welt, im Alter von 77 Jahren auf seinem Landsitz Silverlands in Chertseys. — W. J. Hanna, Präsident der Imperial Oil Co. of Indiana, am 30./3. in Augusta, Ga. — John A. Mason von der Mason & Booth Ltd., Chemische Fabrik, am 6./6. zu Hull im Alter von 64 Jahren. — William S. Rheen, früherer

Generaldirektor der Riesenraffinerie der Standard Oil Co. Whiting, Ind., am 8./4. in Santa Cruz, Cal. — R. Schweisgut, Fabrikdirektor der Gewerkschaft Salzmünde, am 10./7. im 63. Lebensjahr. — C. Viëtor, Bergwerksdirektor a. D., im 71. Lebensjahre am 12./7.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Bericht über die 1. Hauptversammlung der Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel u. Industrie, am 17. und 18./5. 1919 zu Berlin (Rheingold).

Anwesend waren der Hauptvorstand, die Delegierten der Ortsgruppen Berlin, Bremen, Köln, Danzig, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Königsberg, Magdeburg, Nürnberg, Remscheid und Waldenburg. — Hauptgeschäftsstelle der Vereinigung: Berlin, Dr. Müffelmänn, Geschäftsführer. Zweiggeschäftsstelle: Elberfeld, Dr. Schellwein.

Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vorstandes, Oberingenieur Arnold, und nach Bildung eines Bureaus, um die Arbeitsfähigkeit der Versammlung zu erhöhen, erstattete der Geschäftsführer Dr. Müffelmänn Bericht über Gründung (am 22./7. 1918), Organisation und Zweck des Vereins; es wurden Betriebs- und Fachgruppen geschaffen und zwar für Metall, Einzelhandel, Versicherungsgewerbe, graphisches Gewerbe, Großhandel, Verkehrsunternehmen, Bankgewerbe, chemische Industrie. Um die Rechte der Angestellten sinngemäß vertreten zu können, sollen die Ausschüsse eine solche Zusammensetzung haben, daß die in den Betrieben vorhandenen Angestelltenkategorien entsprechend ihrer Bedeutung im Betriebe berücksichtigt werden, sollen die Angestellten in verschiedene Gruppen geteilt und von jeder Gruppe die gleiche Anzahl Vertreter gewählt werden. — Es folgten dann die Besprechung innerer Angelegenheiten und die endgültige Festlegung der Satzung. Am zweiten Verhandlungstage wurden die Satzungen weiter besprochen und im ganzen angenommen. Die Versammlung nahm alsdann Stellung zu verschiedenen Vereinsfragen und ging schließlich zur Entlastung und Neuwahl des Vorstandes über.

Chemische Gesellschaft zu Frankfurt a. M.

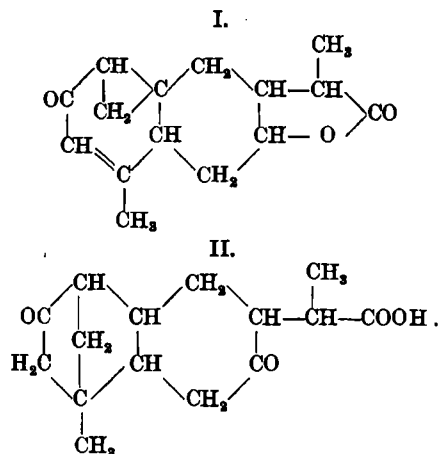
Sitzungsbericht vom 26./6. 1919.

Vorsitzender: Professor Dr. Richard Lorenz.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles bespricht Herr Professor Dr. Fritz Mayer eine gemeinsam mit Frau Dr. Lewis ausgeführte Arbeit über die Einwirkung von O-Chlorbenzaldehyd auf Anthrachinonamine.

Hierauf hielt Herr Professor Dr. E. Wedekind einen Vortrag, betitelt: Untersuchungen über das Santonin.

Es wurde ein Überblick gegeben über das Vorkommen und die Gewinnung des Santonins, sowie über die zahlreichen Umwandlungsprodukte und Abkömmlinge dieses Bitterstoffes. Eingehend wurde die Konstitutionsformel des Santonins behandelt, an der Hand neuerer Untersuchungen, insbesondere über die Santonsäure und das Dihydrosantonin; gezeigt wurde, daß die alte Cannizzarosche Formel einer Modifikation¹⁾ bedarf, welche durch Annahme von Brückenbindungen für das Santonin (I.) selbst sowie für die der Santoninsäure isomeren Santonsäure (II.) Ausdruck findet.



In dem sog. Desmotroposantonin ist die Brücke umgeklappt zu denken, da zwei Methylgruppen entsprechend dem Abbau zum p-Dimethylnaphtol vorhanden sind. Zum Schlusse wurden die Beziehungen zwischen der antihelminthischen Wirkung und

¹⁾ Vgl. A. Angeli und L. Marino, Ricerche sopra l'acido santoni nico; Nota seconde, Firenze, 1907, p. 12.

der hierfür in Betracht kommenden Atomgruppen in verschiedenen Santoninderivaten auf Grund einer neueren Arbeit von P. Trendelenburg²⁾ besprochen.

Der Schriftführer: Dr. E. Speyer.

Der

17. Niederländische Natur- und heilkundige Kongreß

tagte in Leiden unter dem Vorsitz von Prof. Dr. W. Nolen. Am 25./6. sprach Prof. Niels Bohr „Über die Probleme des Atoms und des Moleküls“. Unsere Auffassungen über den Bau der Atome mußten in den letzten Jahren erheblich abgeändert werden. Rutherfords Arbeiten über die Radioaktivität haben uns die Gewißheit verschafft, daß die Atome der Elemente aus einem positiv geladenen Kern — dessen Masse nahezu der Gesamtmasse des Atoms entspricht, der aber im Verhältnis zum Atom nur äußerst geringe Abmessungen besitzt — und aus einer Anzahl untereinander gleich negativ geladener Elektronen bestehen, die von äußerst geringer Masse, Bahnen rund um den Kern beschreiben. Die Kernladung der Elementatome ist ein ganzes Vielfaches der Kernladung des Wasserstoffatoms. Die Anzahl positiver Ladungseinheiten des Atomkerns eines Elements ist gleich der Ordnungszahl, die das Element im periodischen System besitzt: die sog. Atomzahl. Die meisten physikalischen und chemischen Eigenschaften des Elements haben ihren Sitz in der „Wolke“ von Elektronen, die den Kern umschwärmen. Nur die radioaktiven Eigenschaften und das Atomgewicht werden ausschließlich durch den Kern bestimmt. Die Aufgabe der modernen Naturwissenschaft ist es, die Eigenschaften der Elemente aus der Atomzahl, d. h. aus der Größe der Kernladung und der Anzahl der den Kern umkreisenden negativen Elektronen zu erklären.

Das leichteste Element, Wasserstoff, besitzt die Atomzahl 1, Helium die Atomzahl 2, Lithium 3 usw. Ein neutrales Wasserstoffatom besteht aus einem Kern mit einem einzigen ihn umkreisenden Elektron. Die Gesetze der klassischen Mechanik und der Elektrodynamik genügen in ihrer Anwendung auf die Bewegung von Kern und Elektron nicht, um die Eigenschaften des Wasserstoffs zu erklären. Die Beobachtungen des Wasserstoffspektrums in einem elektrischen Felde führen sogar zu einem ausgesprochenen Gegensatz zu den bekannten Lehren. Aus den Arbeiten von Balmer und Ritz wissen wir, daß die Frequenz der Spektrallinien durch eine sehr einfache Formel ausgedrückt werden kann. Der Zusammenhang dieser Formel mit dem Bau der Atome kann durch die klassische Elektrodynamik nicht erklärt werden. Diese führt auch in ihrer Anwendung auf die „dunkle Strahlung“ zu Folgerungen, die der Erfahrung widersprechen. Um diese Erscheinungen zu erklären, benutzt Planck den Begriff der „Resonatoren“, die nur ganze Vielfache einer bestimmten Energie „Quantums“ aufnehmen oder abgeben können. Das Experiment hat uns dazu gedrängt, von unserer Auffassung von den stetigen Übergängen in der Natur abzugehen. Durch Einstein wurde die Plancksche Quantentheorie zur Erklärung des „photo-elektrischen Effekts“ ausgebaut. Wenn eine Substanz, z. B. ein Metall, unter bestimmten Verhältnissen durch Lichtstrahlen getroffen wird, so strahlt dieser Stoff Elektronen aus, deren Schnelligkeit nicht von der Lichtintensität abhängt, wie zu erwarten wäre, sondern ausschließlich von der Wellenlänge des Lichtes. Das betreffende Elektron wird explosionsartig aus dem Atomverband herausgeschleudert, wenn es ein bestimmtes Energiequantum absorbiert hat. Die Aufnahmefähigkeit des Elektrons für eine bestimmte Lichtenergie steht in einfachem Zusammenhang mit der Wellenlänge des Lichtes.

²⁾ Arch. f. exp. Pathol. u. Pharmakol. 79, 190 ff. (1916).

Auch wenn ein Atom selbst Licht ausstrahlt, gehen die Elektronen plötzlich explosionsartig von einem Zustand in den anderen über. Die Energiedifferenz dieser beiden Zustände wird in Gestalt von Lichtschwingungen frei, deren Wellenlänge mit diesem Unterschied der Energie zusammenhängt. Die Tatsache, daß die Gase sehr scharf begrenzte Spektrallinien aussenden, weist darauf hin, daß die Atome nur ganz bestimmte Zustände, die sog. „stationären Zustände“ annehmen können. Da die zwischenliegenden Zustände als instabil ausgeschlossen sind, kann das Element nur abrupt aus dem einen Stadium in das nächstfolgende überspringen. Für das einfachste Atom, das Wasserstoffatom, ergibt folgende Annahme nun eine gute Erklärung: Es besteht aus einem positiven Kern, der in dem einen Brennpunkte einer Ellipsenbahn steht, in der er von dem Elektron umkreist wird.

Die Form und Kraft der Bahnbewegung kann nach den alten Lehrsätzen ähnlich wie die Planetenbewegung berechnet werden. Die Arbeitsgröße steht in einem einfachen Verhältnis zur Größe der längeren Ellipsenachse. Aus der Lage der Spektrallinien des Wasserstoffs läßt sich folgern, daß die Energiegrößen der Elektronen und auch die Längen der größeren Achse ihrer Bahn einfache Funktionen aufeinanderfolgender ganzer Zahlen sind.

Die Spektren der Elemente mit höheren Atomzahlen zeigen oft Gesetzmäßigkeiten, die, obgleich recht kompliziert, doch eine gewisse Übereinstimmung mit den eben entwickelten Gesetzen für den Wasserstoff zeigen. Diese Regelmäßigkeiten lassen sich ungezwungen erklären durch die Annahme, daß bei jenen Elementen in den stationären Zuständen, die bei der Ausstrahlung der Spektren eine Rolle spielen, ein Elektron eine Bahn beschreibt, die weit aus dem Weg der anderen Elektronen und des Kernes hinausgeht. Ferner muß angenommen werden, daß die Anziehungskraft des Kernes auf dies eine Elektron annähernd die gleiche ist, wie sie zwischen Kern und Elektron des H-Atom besteht. Die größere Kompliziertheit der Erscheinungen erklärt sich aus dem störenden Einfluß der inneren Elektronen auf das äußerste. Eine genaue Bestimmung dieses störenden Einflusses ist bisher noch bei keinem Element möglich gewesen. Die Theorie von Sommerfeld sucht Einzelheiten in den gesetzmäßigen Erscheinungen der verschiedenen Spektren qualitativ zu deuten durch eine Parallele des störenden Einflusses der Innenelektronen und des störenden Einflusses, den ein Kraftfeld ausüben würde, das sich mit seiner Entfernung vom Kern schnell der Größe Null nähert. Ähnlich läßt sich das Auftreten neuer Serien von Spektrallinien erklären, die auftreten, wenn das ausstrahlende Element sich in einem elektrischen Kraftfeld befindet. In den letzten beiden Jahren sind schon schöne Resultate erhalten bei dem Bemühen, die scheinbare Zufälligkeit in dem Auftreten neuer Spektrallinien bei den einzelnen Elementen aus den mechanischen Bedingungen im Bau der Atome zu erklären, obgleich sich auch hier noch sehr große Schwierigkeiten auftun.

Weiter sprach Dr. J. C. Thonius „Über Stickgase und ihre Gegenmittel“, Prof. Dr. W. E. Ringer „Über die Radioaktivität von Kalium und Rubidium“. Prof. Kamerlingh Onnes demonstrierte flüssiges Helium und Herr Lely zeigte Halbwattlampen der Firma Philips Glühlampenfabrik zum Gebrauch bei der episkopischen, diaskopischen und mikroskopischen Projektion von solcher Lichtstärke, daß Bilder von 3 m Breite ohne völlige Raumverdunklung deutlich sichtbar waren, u. a. wurde die Brownsche Molekularbewegung so vorgeführt. In der Schlußsitzung sprach Prof. Dr. H. R. Kruyt „Über die Bedeutung der Kolloidchemie für die anderen Wissenschaften“. (Nach „Chem. Weekbl.“) H. h.

Verein deutscher Chemiker.

Hauptversammlung 1919 zu Würzburg.

Fachgruppe für medizinisch-pharmazeutische Chemie

Tagesordnung der Sitzung am Sonnabend, den 6./9. vorm. 10 Uhr.

A. Geschäftliche Sitzung; Jahresbericht und Kassenbericht über das Jahr 1918/19; Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder; verschiedene Mitteilungen.

B. Vorträge (der genaue Wortlaut des Themas wird noch mitgeteilt): 1. R.-Rat Dr. Koelsch, München, Vortragsgebiet: „Gewerbehygiene“; 2. Dr. Messner, Darmstadt, „Neue Arzneimittel“; 3. Dr. Eichholz, Darmstadt, „Serumtherapie“; 4. Prof. Dr. A. Heiduschka, Würzburg, „Pharmazeutische Chemie“.

Etwaige weitere Anmeldungen von Vorträgen für die Sitzung der Fachgruppe für medizinisch-pharmazeutische Chemie werden erbeten an den Vorsitzenden Dr. Arthur Eichengrün, Berlin-Grunewald, Lynarstraße 4, bis 15./8: Berchtesgaden (Obersalzberg) Haus Mitterwurf.

Rheinisch-westfälischer Bezirksverein.

Monatsversammlung am 21./6. 1919 in der Maschinenbauschule zu Essen.

Das Schreiben des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Schenck in Münster wird verlesen, dem der Aufruf des Bezirksvereins Württemberg, die Chemikerschaften der Hochschulen mit dem Verein deutscher Chemiker in engere Fühlung zu bringen, vorgelegt worden war. Er betrachtet es für Münster als nicht zweckmäßig.

Die vom Hauptvorstand eingegangenen Vorschläge zu den Satzungsänderungen werden bekanntgegeben, der Antrag auf Satzungsänderungen durch Unterschrift unterstützt und beschlossen, vor der Hauptversammlung in Würzburg noch eine Bezirksvereinsversammlung abzuhalten, welche die Vorschläge für die neuen Satzungen zum Gegenstand der Beratung hat.

Anschließend hält Herr Dr. W. R. Eckardt seinen vielseitig anregenden Lichtbildervortrag „Die Baumwolle“, für den der Vorsitzende am Schluß den Dank der Versammlung ausspricht.

Der Vorstand

I. A.

Der Schriftführer: Dr. P. Hoffmann. Der Vorsitzende: Dr. Wolf.